

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

Bezugspreis 1 RM. monatlich, nur Postbezug - Das Einzel Exemplar 15 Pf. ohne Porto. - Erscheinungstage Mittwoch und Sonnabend - Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Dreibrundstr. 5

65. Jahrgang

Berlin, den 31. August 1927

Nummer 70

X. Internationaler Buchdruckerkongress

Fünfter und sechster Verhandlungstag (12. und 13. August)

Die Diskussion über den Antrag Belgien, betreffend Gründung einer internationalen Widerstandsklasse, wird fortgesetzt.

Grundbacher hebt hervor, daß sich der belgische Verband seit seinem Wiedereintritt in die Internationale den Verhältnissen sehr gut angepaßt hat. Sein Vorstand steht im engsten Kontakt mit dem Sekretariat. Der Antrag auf Gründung einer internationalen Widerstandsklasse entspringt der Tendenz, die jetzt in solchen Internationalen vorherrschend ist, deren Verbände kein ausgebautes Unterstützungsweesen besitzen. Für unsre Internationale ist der belgische Antrag deshalb überflüssig, weil diese in ihrer heutigen Form schon die bestausgebauteste internationale Hilfeleistung gewährleistet. Redner regt an, daß sich nach Abschluß der Diskussion über den belgischen Antrag zunächst die einzelnen Landesverbände auf ihren Verbandstagen mit der Sache beschäftigen mögen.

Seitz: Die deutsche Delegation ist für die Aufrechterhaltung weitestgehender internationaler Solidarität, sie lehnt aber die Gründung einer Widerstandsklasse ab. Die Erhebung erhöhter Beiträge für diesen Zweck würde vielleicht eher eine Schwächung als eine Stärkung unserer Internationalen zur Folge haben. Die internationale Solidarität ist bisher in zufriedenstellender Art ausgebaut worden. Eine weitere Erleichterung in dieser Beziehung ließe sich schaffen durch die Beilegung der statutarisch vorgeschriebenen Abstimmung unter den angeschlossenen Verbänden über die Hilfsnotwendigkeit. Die Entscheidung darüber könnte der Erweiterten Sekretariatskommission überlassen bleiben. Der belgische Verband hat anscheinend vergessen, sich die finanzielle Tragweite seines Antrags zu überlegen. Die Anregung Grundbacher, auf dem Umwege die Verbandstage zum Ziele zu kommen, lehnen wir ab. Wir sind bereit, jeden Beitrag zu leisten, der zur Bewältigung der Arbeiten und Ausgaben des Internationalen Sekretariats notwendig wird, aber für eine Ansammlung großer Fonds zu internationalen Widerstandszwecken sind wir nicht zu haben.

Barbel steht dem Gedanken einer internationalen Widerstandsklasse sympathisch gegenüber. Schon auf dem Hamburger Kongress hat er einen dahingehenden Standpunkt vertreten. Trotzdem ist er heute der Auffassung, daß bei der Promptheit, mit der bisher die Hilfeleistung erfolgte, die Schaffung einer Widerstandsklasse weniger dringend ist. Die Vergangenheit hat bewiesen, daß Hilfe in so ausgiebiger Weise erfolgte, daß man nur wünschen kann, es möge für die Zukunft, auch ohne Widerstandsklasse, ebenso bleiben.

Theunis konstatiert, daß die deutschen Kollegen stets für fast hunderttausend Klassen eingetreten sind. Um so verwunderlicher ist ihre Stellungnahme gegen eine internationale Widerstandsklasse. Das jetzige System ermöglicht es einzelnen Verbänden, ihre Pflicht zur finanziellen Hilfeleistung zu vernachlässigen. Bei einer festen Klasseneinrichtung würde sich das ändern. Im Prinzip sollte man daher dem belgischen Antrag zustimmen. Redner polemisiert sodann gegen Rothenstein. Belgien hat in organisatorischer Beziehung getan, was möglich war. Der Antrag gebietet es, sich vorher zu informieren, ehe man den Stab bricht über eine Bruderorganisation.

Rothenstein erwidert, daß seine Ausführungen falsch verstanden worden sind. Nichts hat ihm ferner gelegen, als eine Kränkung andrer. Redner begründet nochmals seinen ablehnenden Standpunkt gegenüber einer Widerstandsklasse.

Seitz weist darauf hin, daß über die Schaffung einer internationalen Widerstandsklasse bereits seit 20 Jahren auf allen internationalen Buchdruckerkongressen beraten worden ist. Es kann also nicht der Eindruck entstehen, als wäre man leichtfertig über die Sache hinweggegangen. Gegenüber einer Äußerung Theunisses bemerkt Redner, daß der deutsche Verband im Falle einer Gesamtsperierung mit ganz andern Abwehrmitteln rechnen müsse. Dieser sei denn auch fortgesetzt auf die Stärkung seiner eignen Klasse bedacht. In einer Kommissionsberatung wird sich bezüglich des belgischen Antrags ein Ausweg finden lassen.

Zusammenfassend betont Seitz, daß die internationale Solidarität der Buchdrucker bei Lohnkämpfen in hohem Maße bewährt hat.

Farka beantragt, der bereits eingesehten Kommission sämtliche Anträge zur Durchberatung zu überweisen, was nur vereinzelt auf Widerspruch stößt.

Es wird schließlich dem Antrag Farka gemäß beschloffen. Die Vertreter der verschiedenen Anträge sollen das Recht haben, in der Kommissionsberatung ihre Ansichten kundzutun.

Hierauf erhebt zu Punkt 7 der Tagesordnung „Die wirtschaftliche Lage und das Buchdruckergewerbe“ der für dieses Thema von der Sekretariatskommission beauftragte Referent, Kollege Nemecet, das Wort. Nach einem kurzen Hinweis auf die schon aus den bisherigen Verhandlungen hervorgetretenen Tatsachen und Schwierigkeiten wirtschaftlicher Art für die Arbeiterchaft im Buchdruckergewerbe in internationaler Ausdehnung und der sich daraus für den Kongress ergebenden Notwendigkeit, sich mit den Wirtschaftsjagen ernstlich zu befassen, löste der Referent die ihm gestellte Aufgabe mit folgenden Darlegungen:

Der Weltkrieg hat uns allen ein Erbe hinterlassen, dessen Konsequenzen einige menschliche Generationen zu tragen haben werden. Die zerrüttete Wirtschaft der europäischen Staaten, die Arbeitslosigkeit und das ihr folgende Elend der Arbeiterchaft, das sind Erscheinungen, mit welchen wir zu kämpfen haben, und obwohl sich eine endlose Reihe von Ärzten anstrengt, ein Heilmittel zu finden, durch welches die Volkswirtschaft der europäischen und auereuropäischen Länder wieder zur Gesundheit gebracht werden soll, zeigen ihre Anstrengungen nur ein sehr geringes Resultat. Die Konsolidierungspolitik der Staaten schreitet nur sehr langsam vorwärts, und es wird voraussichtlich noch sehr lange dauern, ehe das Wirtschaftsleben der Staaten wieder zu normale Weise gebracht wird.

Als Ursachen dieser unersetzlichen wirtschaftlichen Verhältnisse sind nicht nur die durch den Weltkrieg verursachten ungeheuren Schulden, die Vernichtung der gesamten internationalen Beziehungen und Verlust von Absatzgebieten für Industrieerzeugnisse anzusehen, deren Wiedergewinnung eine sehr lange Zeit wieder erfordern wird, sondern auch die Schwankungen der Werten einzelner Länder, welche eine Unsicherheit für die Erzeugung nach sich ziehen, die erschwerte Möglichkeit, ja sogar in manchen Fällen die vollständige Unmöglichkeit der Gewährung von Krediten. Das alles sind Dinge, welche sich den Bestrebungen nach Wiederherstellung der Weltwirtschaft hinderlich in den Weg stellen.

Welchen Umfang die Weltwirtschaftskrise angenommen hat, welchen Schwankungen die Wirtschaftsverhältnisse ausgesetzt sind und welchen Einfluß die bestehende Krise auf die Beschäftigung der Arbeiter auszuüben vermag, davon liefern uns den besten Beweis die von dem Internationalen Arbeitsamt in Genf gesammelten Daten, welche in dem Bericht des I.A.M. für das Jahr 1926 enthalten sind. Diese Ziffern ermöglichen eine Vergleichung der Verhältnisse im Jahre 1926 mit denen des Jahres 1926 und lassen erkennen, daß sich die Lage auf dem Arbeitslosenmarkt verschlechtert hat in Deutschland, Dänemark, Frankreich, Großbritannien, Norwegen, Neuseeland, Schweden, der Schweiz und der Tschechoslowakei. Es ergibt sich daraus zusammen eine Armee von 10 000 000 Arbeitern und Arbeiterinnen, welche bereit sind zu arbeiten, jedoch nicht arbeiten können, weil ihnen die Arbeitsmöglichkeit fehlt — welcher Verlust an Arbeitsenergie, welcher großen Wert könnte mit dieser Arbeiterarmee vollbracht werden! Diese ungeheure Ziffer ist aber keineswegs endgültig. Der überwiegende Teil dieser Arbeitslosen hat noch für seine Familienangehörigen zu sorgen, seien es das Weib, die Kinder oder die Eltern. Das Los dieser Familienangehörigen ist mit dem Lose ihres Ernährers eng verknüpft, und man kann deshalb, ohne zu übertreiben, behaupten, daß an diesen zehn Millionen Arbeitslosen mindestens weitere zehn Millionen Familienangehörige wirtschaftlich interessiert sind.

Über diese Arbeitslosen wird nicht nur Arbeiter, sie sind auch Konsumenten. Die Erwerbslosigkeit bedeutet die Einschränkung der Lebensbedürfnisse in jeder Hinsicht, also nicht nur der Erwerbslosen selbst, sondern auch derjenigen, denen der Arbeitslose Ernährer war. Wenn aber zwanzig Millionen Leute ihre Bedürfnisse einschränken müssen, dann muß es unbedingt auch im Handel und in der Erzeugung zu spüren sein, und es ist deshalb logisch, wenn die Arbeitslosigkeit und ihre Folgen mit an erster Stelle jener Ursachen angeführt werden, welche als Ursprung der heutigen Wirtschaftskrise genannt sind.

Die Gesamtheit der Staaten der Welt ist gemeinsam mit den Industrieländern und Wirtschaftskreisen in den letzten Jahren bestritten, die Wirtschaftskrise zu bekämpfen und ihr mit allen zu Gebote stehenden Mitteln beizukommen. Eines dieser von der Weisheit der Staaten mit Vorliebe angewendeten Mittel ist der Schutz des einheimischen Marktes

gegen die Konkurrenz der fremden Ware im Wege der hohen Zölle, mit welchen die eingeführten Waren belegt werden. Durch diese Maßnahme kann wohl die einheimische Produktion bis zu einem bestimmten Grade geschützt werden; nachdem aber dieser Produktion die Konkurrenz fehlt, mißbraucht sie alsbald ihre Monopolstellung im Lande und diktiert nach Belieben die Preise gerade jener Bedarfsartikel, auf welche die breitesten Konsumtionsfähigkeiten angewiesen sind. Diese durch nichts als nur durch Profitgier diktierte Preissteigerung ist aber nicht allein die Folge der Schutzpolitik der Staaten. Gegen diese Politik des einen Staates ergreifen die andern Staaten ihre Gegenmaßnahmen und machen ebenfalls durch hohe Zölle die Zufuhr jener Waren unmöglich, welche auf die Ausfuhr ins Ausland gerade angewiesen sind. So häufen sich Vorräte in den einzelnen Ländern an; die Arbeiter werden infolge Arbeitsmangels entlassen; dem freien Handel und dem Warenaustausch werden eiserne Schranken gelegt, welche Schritt für Schritt die Industrie und den Handel vollkommen lahmlegen. Daraus ist zu erleben, daß die Schutzpolitik der Staaten nicht in der Lage ist, eine Gesundung der wirtschaftlichen Verhältnisse der Welt herbeizuführen, sondern daß diese Politik die bestehenden Verhältnisse nur noch mehr verschlimmert.

Die Gesamtheit der Volkswirtschaft der Welt ist sich dahin einig, daß eine Regelung der bestehenden Verhältnisse nur durch fleißige, ausdauernde Arbeit, durch vernünftig geregelte Distribution der Ware und durch Sparlichkeit auf allen Seiten herbeigeführt werden kann. Das bedeutet mit andern Worten, daß die Rettung nur aus den Schwülen und dem Schweige des Arbeiters hervorgehen kann, und daß es wiederum nur die Arbeiter sein sollen, auf deren Rechnung die zusammengefallene Weltwirtschaft wieder hergestellt werden soll. Das erleben wir deutlich aus dem Umstande, wie freudig dieses Prinzip von den Unternehmern aufgefunden worden ist, und wie auch tatsächlich diese Unternehmer durch Ausnutzung des technischen Fortschritts, durch die Verbesserung der Arbeitsmethoden, durch Herabsetzung der Löhne und durch Verlängerung der Arbeitszeit die Möglichkeit suchen, sich für jene Verluste zu entschädigen, welche ihnen durch die Wirtschaftskrise zugefügt wurden.

Gegen derartige Methoden müssen wir uns ganz energisch zur Wehr setzen und klar und offen erklären: Derjenige, der da meint, daß die Arbeiterchaft bereit ist, zur Sanierung der durch das Verschulden der Kapitalisten vertrachteten Weltwirtschaft die eigne Haut auf den Markt zu tragen, der irt sich gewaltig! Die Arbeiter sind bereit und willig, durch ihre fleißige Arbeit die Grundlagen ihrer Existenz zu sichern, können aber nicht ertragen, daß die Sanierung der Weltwirtschaft auf ihre ausschließliche Rechnung geht. Die Unternehmungskreise müssen es sich endlich angewöhnen, sich mit einem angemessenen bürgerlichen Profit zufriedenzugeben, wie er vor dem Kriege üblich war, und dürfen nicht Kapitalien über Kapitalien sammeln, welche ihnen ein leichtes und angenehmes Leben sichern sollen. Kurz: die Unternehmungskreise sind ebenfalls verpflichtet, der Wiederherstellung der Weltwirtschaft Opfer zu bringen.

Die Arbeiterchaft wird sich mit aller Entschiedenheit gegen alle jene Bestrebungen der Unternehmer stellen, durch welche sie um die Errungenschaften der Sozialpolitik, welche der Arbeiterchaft den Achtstundentag gegeben hat, gebracht werden soll, und sie wird sich auch ganz entschieden dagegen zur Wehr zu setzen wissen, daß die Verbesserung der Arbeitsmethoden auf Rechnung der Beschäftigung der Arbeiterchaft vor sich geht. Der technische Fortschritt und die Rationalisierung der Erzeugung sollen lediglich zur Erleichterung der Arbeit des Arbeiters dienen, dürfen jedoch die Arbeitslosigkeit nicht noch mehr steigern. Die Arbeiterchaft muß sich kraft der Gewerkschaften in allen Ländern der Welt dafür einsetzen, daß der Achtstundentag nicht nur eingeführt, sondern von den geschlechden Körperchaften auch ratifiziert wird im Sinne der Washingtoner Konvention vom Jahre 1919, um eine Grundlage zu schaffen für die weitere Verkürzung der Arbeitszeit unter acht Stunden täglich, welche notwendig sein wird, wenn die großen Massen der Arbeitslosen wiederum beschäftigt werden sollen. Es ist eine traurige, aber feststehende Tatsache, daß die Konvention betreffend den Achtstundentag, obwohl sie von seiten der Internationalen Arbeitskonferenz bereits im Jahre 1919 angenommen worden, bis zum heutigen Tage nur von einem ganz geringen Teile der Staaten ratifiziert worden ist. Die Arbeiterchaft hat bisher auf ihre Staatsverwaltungen nicht den genügenden Druck ausgeübt, daß die Ratifikation dieser Konvention durchgeführt werde, da man sich oft durch die Tatsache irreführen ließ, daß in dem betreffenden Lande der Achtstundentag bereits eingeführt ist. Es wird aber oft übersehen, daß in den betreffenden Ländern auch Verweise existieren, auf welche sich der Achtstundentag nicht bezieht, und daß die Reaktion, welche fast in sämtlichen Staaten nun am Werke ist, die Möglichkeit hat, den Achtstundentag durch einen einfachen

Beschluß im Parlament entweder ganz zu beseitigen oder zu verschlechtern, wenn die Ratifizierung nicht durchgeführt worden ist. Das Ratifizieren der Washingtoner Konvention bedeutet also für die Arbeiter einen Schutz in dem Sinne, daß das Minimum der gesetzlichen Bestimmungen über den Achtstundentag, wie es in der Konvention enthalten ist, unter allen Umständen beibehalten werden muß. Wir sind nicht auf die Bestrebungen der Unternehmer und auch die Arbeiter verpflichtet, den Fragen betreffend die Ratifizierung der Konvention ihre erhöhte Aufmerksamkeit zu widmen und ihren ganzen Einfluß in jenen Institutionen geltend zu machen, welche sich mit den Fragen der Rationalisierung befassen, um damit auf diese Weise zu verhindern, daß die Rationalisierung auf Kosten der Arbeiterschaft durchgeführt wird.

Die Verminderung der Arbeitslosenziffer kann von Seiten der Arbeiter auch dadurch wirksam herbeigeführt werden, wenn der Frage der Arbeit in dem das nötige Augenmerk zugewendet wird, und wenn dafür Sorge getragen wird, daß an Stelle der Leistung von überflüssigen Arbeitslosen eingestellt werden. Es ist eine furchterliche Tatsache, daß zu gleicher Zeit, da die Arbeitslosenziffer die Höhe von zehn Millionen erreicht hat, da diese Arbeitslosen hungernd in den Straßen herumirren, die Zahl der überflüssigen von Jahr zu Jahr im Steigen begriffen ist, und zwar auch in jenen Ländern, wo es auf Grund gesetzlicher Bestimmungen möglich wäre, die überflüssigen einzuführen. Die überflüssigenarbeit bedeutet eine schwere wirtschaftliche Schädigung der Arbeitlosen, indem ihnen Arbeitsgelegenheit genommen wird; sie macht aber auch das Prinzip des Achtstundentags gegenstandslos. Es ist deshalb keine Phrase, wenn wir bei dieser Gelegenheit die Arbeiterschaft im allgemeinen, unsere Kollegen aber im besonderen auffordern, sich liberaler energischer gegen die Leistung von überflüssigen zu stellen und durch überflüssigen die Zahl der Arbeitslosen nicht zu vergrößern.

Im Zusammenhang mit diesen Erwägungen steht auch die Frage, wie in den einzelnen Staaten die Arbeitslosen für die Sorge geregelt ist. Und hier soll konstatiert werden, daß die Frage der Unterstützung der Arbeitslosen aus öffentlichen Mitteln ein unangeneim trauriges Kapitel bildet, nachdem in den meisten Staaten die Arbeitslosen überhaupt nicht unterstützt werden und dort, wo eine Unterstützung eingeführt ist, die Höhe derselben sehr ungenügend ist. Es muß ohne weiteres festgestellt werden, daß, wenn es Gewerkschaftsorganisationen nicht geben würde, welche bekämpft sind, die Opfer der herrschenden Wirtschaftskrisen über Wasser zu halten, das Los der Arbeitslosen ein geradezu furchterliches wäre.

Aus dieser Bestimmung ergibt sich für die Arbeiterschaft die Pflicht, den Einfluß der Gewerkschaften in den einzelnen Staaten dahin geltend zu machen, daß eine Arbeitslosenversicherung eingeführt werde, und daß die Arbeitslosen eine Unterstützung erhalten sollen, welche einem Existenzminimum gleichkäme. Nur auf diese Weise wird es möglich sein, die Arbeitslosen und ihre Familienangehörigen vor Not und Elend zu bewahren und in den einzelnen Staaten Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten, welche die Hauptbedingung in der wirtschaftlichen Wiederaufbau sind. Diejenigen Faktoren, denen die Rettung der Staaten anvertraut ist, wie auch die kapitalistischen Kreise mögen sich dessen bewußt sein, daß es ihre Pflicht ist, jene Opfer der heutigen kapitalistischen Ordnung über Wasser zu halten, denen die Unternehmer keine Arbeit zu verschaffen vermögen.

Die Arbeiterschaft darf in den heutigen schwierigen Zeiten aber auch nicht vergessen, daß die Verhältnisse, in welchen wir leben, das Resultat jener Gesellschaftsordnung sind, welche in langen Jahrzehnten jene Gesellschaftsordnungen geschaffen haben, denen die Arbeiter bisher dienen und deren Wohlstand von den Arbeitern vermehrt wird. Diese Verhältnisse lassen sich nur durch eine planmäßige und zielbewußte Arbeit ändern, welche auf eine Umgestaltung der heutigen kapitalistischen Produktionswirtschaft hinzielt. Wir dürfen keinen Augenblick vergessen, daß die Tätigkeit eines jeden Arbeiters für die Aufrechterhaltung der menschlichen Gesellschaft eine ungeheure Bedeutung hat, aber daß trotzdem dem Arbeiter bisher keine Rechte eingeräumt worden sind, über seine Arbeit und über den aus ihr resultierenden Reinertrag mitzubestimmen und mitzuentcheiden. Für seine Arbeit bezieht der Arbeiter einen kargen Lohn, welcher kaum zum Leben ausreicht, über alles übrige haben andere Faktoren ohne Rücksicht auf den Arbeiter zu entscheiden. Aus diesem Grunde muß unser Bestreben dahin gehen, dem Arbeiter in der Produktion zu einem Mitentscheidungsrechte zu verhelfen, der ihm nach Recht gebührt.

Diese Aufgaben zu erfüllen, sind nicht nur die Arbeiter der ganzen Welt berufen, sondern es sind dies in allererster Reihe die Buchdrucker, welche an der Spitze der übrigen Arbeiterschaft zu stehen haben, insbesondere deshalb, weil es ihnen gelungen ist, sich in den meisten Staaten starke und mächtige Organisationen auszubauen, auf welche sie sich in ihren Kämpfen stützen können.

Auch bei uns gilt alles das, was über die Arbeiterschaft im allgemeinen gesagt worden ist. Auch in unserem Berufe herrscht in den einzelnen Staaten eine ungeheure Arbeitslosigkeit, und das Gesamtbild der unerkennlichen Wirtschaftslage spiegelt sich deutlich in unsern Verhältnissen ab. Aber mehr als in anderen Berufen spüren wir, wie die technische Entwicklung unsere Arbeitslosigkeit vermindert, sei es durch die Einführung von Schreibmaschinen, verbesserten Gieß- oder Druckmaschinen. Die Arbeitslosigkeit der Drucker in den meisten Ländern kann geradezu als katastrophal bezeichnet werden, und sie zwingt alle maßgebenden Kreise dazu, Mittel zu suchen, wie dieser Arbeitslosigkeit zu steuern wäre. Der Mittel, welche eine radikale Änderung der Verhältnisse auf unserm Arbeitsmarkt herbeizuführen in der Lage wären, gibt es nicht viele. Es ist dies in erster Linie die Einschränkung der Verlagskata und in weiterer Folge die Herabsetzung der Zahl von Druckmaschinen, welche von einem Maschinenmeister oder Drucker zu bedienen sind. Das Prinzip des Einmaschinenprinzips darf hier nicht außer acht gelassen werden, und wir müssen bei jeder Gelegenheit bemüht sein, diese Forderungen durchzusetzen.

Je länger aber die Arbeitslosigkeit dauert, und je mehr sie sich stabilisiert, desto mehr wird auch die Frage der weiteren Arbeitszeitverkürzung in den Vordergrund treten, wenn wir in der Lage sein sollen, alle unsere arbeitstollen Kollegen unterzubringen. Es könnte wohl eingewendet werden, daß die Frage der Verkürzung der Arbeitszeit unter acht Stunden täglich in der heutigen Zeit, da in einzelnen Staaten oder bei einzelnen Arbeitskategorien noch nicht einmal die achtstündige Arbeitszeit eingeführt ist, eine absurde sei. Dagegen möchte ich einwenden, daß es vor dem Kriege in ganz Europa die Buchdrucker waren, welche als Vorkämpfer für den Achtstundentag gepoltert haben, daß sie auf diesem Gebiete unter der übrigen Arbeiterschaft die meisten Erfolge zu verzeichnen gehabt haben und daß sie ihre Kämpfe um den Achtstundentag ebenfalls in einer Zeit führten, da die Erfüllung dieser Forderung schier unmöglich schien. Und doch schredten wir damals nicht zurück vor den Hindernissen, welche sich uns in den Weg stellten, und führten unsere Kämpfe so lange fort, bis wir den endgültigen Sieg an unsere Fahnen heften konnten.

Wenn wir jedoch die heutigen Verhältnisse und ihre wahrscheinliche Entwicklung in der Zukunft prüfen, dann müssen wir uns vergegenwärtigen, daß die Einführung der verkürzten Arbeitszeit unter acht Stunden täglich gar nicht so unmöglich ist. Wenn wir davon absehen, daß bereits vor dem Kriege einzelne Beamten- und Angestelltenkategorien eine achtstündige Arbeitszeit hatten, wenn wir auch nicht jene Verurteilung in Betracht ziehen, welche die bekannte Automobilfirma Ford in Amerika mit der Verkürzung der täglichen Arbeitszeit bei den Arbeitern unternimmt, so sind wir verpflichtet, allen jenen, welche eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit für unmöglich halten, die Frage zu stellen, wie sie sich die Abschaffung der Arbeitslosigkeit vorstellen, welche heute in allen Staaten herrscht und wie die Konfiskation der sich schon geltend, wenn die heutigen Verhältnisse noch fortbauern werden. Wir müssen die Frage stellen: Was geschieht, bis das riesige Territorium von Japan und China mit 100 Millionen Einwohnern industriell gemacht, bis die dort noch heute herrschende primitive Erzeugung und Arbeitsweise durch europäische oder gar amerikanische Arbeitsmethoden ersetzt wird und bis auch dort moderne Maschinen in der Industrie ihren Einzug halten werden und bis diese heute schon überfüllten Länder zu einer noch größeren Gefahr für Europa werden, als sie es heute schon sind. Wir müssen auch die Frage aufwerfen, was geschieht, bis auch jene Länder, welche heute noch auf die Zufuhr von diversen Industrierzeugnissen angewiesen sind, sich selbständig machen und ihren Bedarf aus Eigenem decken werden? Die Verhinderung der Arbeitskräfte, welche früher im Wege der Auswanderung der Arbeiterschaft die Verhältnisse ausgeglichen hat, ist nicht nur heutzutage, sondern auch für die Zukunft immer schwieriger, ja unmöglich, und so ist auch nach dieser Seite hin keine Hoffnung auf Besserung vorhanden.

Die Entwicklung läßt sich heute natürlich nicht einmal annähernd voraussehen, aber mit Bestimmtheit kann heute schon gesagt werden, daß nicht die Verlängerung, sondern nur eine durchgreifende Verkürzung der Arbeitszeit der Erwerbslosen Arbeitsgelegenheit verschaffen kann. Es ist deshalb unsere Pflicht, auch hier wieder bahnbrechend zu wirken und jene Wege zu zeigen, welche zu gehen sein werden.

Wenn aber von der Notwendigkeit der Verkürzung der Arbeitszeit die Rede ist, dann müssen wir auch in den Buchdruckereien unsere volle Aufmerksamkeit jenem Ubel zuwenden, auf welches ich bereits hingewiesen habe, dem Arbeitslosen, welchem auch unter unsern Kollegen gefürchtet wird. In der heutigen Zeit der Teuerung finden wir es zwar begreiflich, wenn hier oder dort bei den Kollegenkreisen das Bestreben wach wird, sich durch überflüssigen den Lohn aufzubessern; aber obwohl dieses Bestreben zu verstehen ist, können doch nicht solche Erscheinungen zugelassen werden. Wir müssen den Standpunkt vertreten, daß durch eine jede überflüssige Arbeitslosen geschädigt werden und deshalb Wert darauf gelegt werden muß, daß an Stelle der überflüssigen Arbeitslosen eingestellt werden, und sei es auch nur auf ein oder zwei Wochen. Außerdem ist auch prinzipiell das Bestreben, sich durch überflüssigen das Einkommen zu erhöhen, zu verwerfen. In solchen Betrieben, wo sich infolge Platzmangels der Einstellung von Arbeitskräften Hindernisse in den Weg stellen sollten, ist die Einführung von Schichtwechsel den überflüssigen vorzuziehen.

Eine der vielen Ursachen von Arbeitslosigkeit unserer Kollegen sind auch die Sägbetriebe, welche in einzelnen Ländern bestehen. Diesen Sägbetrieben ist von Seiten unserer Kollegenkreise nicht jene Aufmerksamkeit gewidmet worden, die sie verdient hätten, und heute sehen wir, daß sich aus ihnen ein ziemlich gefährlicher Schädiger unserer Interessen entpuppte. Durch ihre Tätigkeit ermöglichen solche Sägbetriebe die Existenz einer ganzen Reihe von Druckereien, welche eine ziemliche Anzahl von Seheren zu beschäftigen gezwungen wären, die sie aber nicht beschäftigen, nachdem sie dieselben entbehren können. Das gleiche gilt auch von Sägbetrieben, welche die Druckereien mit Stereotypmaterial für diverse Blätter beliefern. Auch die Tätigkeit dieser Sägbetriebe schädigt die Buchdruckergewerkschaft in einem ziemlich hohen Maße, und es ist deshalb unsere Pflicht, nicht nur gegen diese Sägbetriebe, sondern namentlich gegen ihre Vermehrung energisch anzukämpfen. Aus eigener Erfahrung sind uns Fälle bekannt, wo einzelne Organisationen rechtzeitig und energisch gegen die Lieferung von Satz und Matrizen an Betriebe eingeschritten sind und wo dieses Eingreifen von Erfolg gekrönt worden ist.

Eines der wichtigsten Kapitel unserer Bestrebungen ist die Frage der Beseitigung oder Einschränkung der Nachtarbeit in den Buchdruckereien. Der Begriff der Nachtarbeit ist nicht überall gleich. Er richtet sich nach den gesetzlichen Bestimmungen oder ist durch den Kollektivvertrag präzisiert. In einzelnen Ländern ist die Nachtarbeit im allgemeinen zulässig, in anderen wieder nur für Betriebe und für Arbeiter, welche ausdrücklich hierzu ermächtigt sind. In der Mehrzahl der Fälle sind es in unserm Gewerbe Tagesblätter, welche nachts hergestellt werden, und nachdem die damit verbundene Arbeit manchmal bis in die

späten Nachmittagsstunden fällt, ist in den einzelnen Ländern die Forderung aufgestellt worden auf Beseitigung oder wenigstens Einschränkung der Nachtarbeit. Die Forderung nach gänzlicher Abschaffung der Nachtarbeit löst aber auf Hindernisse, welche nur im internationalen Rahmen behoben werden könnten. Hierzu wäre aber das gemeinsame Einvernehmen der gesamten Kollegenkreise erforderlich, welches jedoch noch nicht erfolgt ist. Aus diesem Grunde kann nur die Frage der Einschränkung der Nachtarbeit in Ermägung gezogen werden. Eine solche Einschränkung ist ohne weiteres möglich, wie uns eine Reihe von Verbänden zeigt, welche durch ihre Kollektivverträge die Nachtarbeit auf bestimmte Stunden eingeschränkt haben, und es ist deshalb notwendig, daß sich alsbald die sämtlichen Verbände die Idee der Einschränkung der Nachtarbeit zu eigen machen, wenn die Frage der Beseitigung der Nachtarbeit aus dem Kreise theoretischer Erwägungen zur praktischen Lösung gebracht werden soll. Die möglichst gleichartige Lösung dieser Frage würde allerdings die vorherige Verständigung unter den Verbänden zur Voraussetzung haben, welche von Seiten des Internationalen Buchdruckersekretariats zu bewerkstelligen wäre. Im Zusammenhang mit dieser Frage steht auch unsere Forderung nach Verkürzung der Arbeitszeit für alle diejenigen Arbeiter, welche die Nachtarbeit leisten müssen. Eine solche Forderung ist gewiß voll und ganz begründet durch die anstrengende Arbeit der nachts beschäftigten Arbeiter. (Starker Beifall.)

Ehe in die Aussprache über dieses Referat und eine dazu vorgelegte Entschließung eingetreten wurde, nahm der Kongress einen weiteren Vortrag über den Stand der Technik im Buchdruckgewerbe entgegen. Referent hierzu war Kollege Höhne. Der in Form eines Lichtbildervortrags in einem dazu besonders geeigneten Hörsaal der Sorbonne gebotene Überblick auf die neuesten technischen Erfindungen im Buchdruckgewerbe der ganzen Welt fand das größte Interesse aller Kongreßteilnehmer. Da der Referent seinen Vortrag nebst Kommentierungen zu den ihm zur Verfügung stehenden Lichtbildern in einem besonderen Aufsatze niedergelegt hat, werden wir den letzteren demnächst für sich zur Veröffentlichung bringen, um auch nach dieser Seite hin den Lesern ein möglichst vollständiges Bild von der Kongreßarbeit und ihren Verhandlungsgrundlagen zu geben.

In der darauf einsehenden Aussprache erklärte sich Notkenstein im allgemeinen mit den beiden Referaten einverstanden. Es sei im Aufbaue unserer Organisationen alles zu tun, was im Hinblick auf die wirtschaftlichen und technischen Veränderungen erforderlich sei. In der Frage der gesetzlichen Arbeitslosenversicherung sei die Ansicht zu bekämpfen, daß hohe Arbeitslosenunterstützungen nicht zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit beitragen. Die Bekämpfung der Sägbetriebe sei eine zweckmäßigste Frage und könne nicht einseitig oder international geregelt werden. Auch die Beseitigung der Nachtarbeit stelle zwar eine sehr schöne Forderung dar, aber man könne nicht sagen, daß sie im Interesse der Buchdrucker liegen würde. Bezüglich der Ratifizierung des Washingtoner Abkommens über den Achtstundentag sollte beim Internationalen Arbeitsamt von den internationalen Berufssekretariaten der Sebel etwas tiefer angefaßt werden. Was die Sprache betrifft, ebenfalls gegen die Abschaffung der Nachtarbeit aus, weil damit z. B. eine große Schädigung der Wiener Kollegenkreise verbunden wäre. Die für die gleiche Forderung in den Lebensmittelerzeugern berechtigten Gründe hygienischer Art wären beim Buchdruckgewerbe bei weitem nicht so ausschlaggebend. Es stimmte den Ausführungen von Nemecek im wesentlichen zu, wünschte jedoch für die Formulierung einer Entschließung die Ausmerzung verschiedener Widersprüche. Es sei zu beachten, daß die Verhältnisse in den einzelnen Ländern nicht gleich seien, und daß daher nicht alle Vorschläge ohne weiteres überall anwendbar seien. Auch sei zu beachten, daß einzelnen Verbänden nicht Aufgaben zugewiesen werden, die den gewerkschaftlichen Landeszentralen zustehen oder allein vorbehalten sind. In Deutschland ist die öffentliche Arbeitslosenunterstützung schon lange eingeführt. Die Forderung des Achtstundentags ist eine jahrzehntelange Forderung der Arbeiterschaft gewesen und man sollte jetzt, wo diese Forderung endlich erfüllt ist, etwas mehr Gewicht auf andere wichtigere Forderungen legen. Außerdem sei es auch notwendig, manche Frage als eine solche des technischen Fortschritts zu beurteilen, gegen dessen Schattenseiten andere Abwehrmittel als unbrauchbare Verbote zur Anwendung gebracht werden müssen. Akerman verweist auf die Schwierigkeiten bezüglich der Durchführung des Achtstundentags in einzelnen Ländern sowie auf die bei Tarifverhandlungen in Erscheinung tretenden Hemmnisse für berechtigtere Forderungen der Allgemeinheit durch Sonderforderungen. Die geforderte Abschaffung der Nachtarbeit könne keine Verringerung der Arbeitslosigkeit bringen, denn gerade durch die Einführung von Nachtschichten statt überflüssigen sei es möglich gewesen, viele Arbeitslose unterzubringen. Theunissen spricht sich dagegen aus, daß heute schon eine weitere Verkürzung der allgemeinen Arbeitszeit auf unser Programm geschrieben werden, wenn noch in vielen Ländern zur Erbringung des Achtstundentags große Schwierigkeiten zu überwinden seien. Für gewisse, besonders gefährdete Spezialarbeiter könne zwar eine solche Forderung verstanden werden, nicht aber im allgemeinen. Mit der Bekämpfung von Satz- und Matrizenfabriken hätten die beteiligten Kollegen keine guten Erfahrungen gemacht. Ein taktisches Zusammenarbeiten mit solchen Werksstätten wäre viel zweckmäßiger. Goldeman ist der Ansicht, daß die große Arbeitslosigkeit nur mit radikalen Mitteln zu beseitigen sei. Und so gut die Buchdrucker auf andern Ge-

bieten in allen Ländern an erster Stelle stehen, könnte dies auch bezüglich einer weiteren Verfüzung der Arbeitszeit zugunsten der Arbeitslosen der Fall sein. Schaefer tritt dafür ein, daß durch den Kongreß nur Ziele und Forderungen aufgestellt werden sollen, für deren Erreichung die Kräfte der Organisationen tatsächlich ausreichen und keine Beschlüsse gefaßt werden, die schließlich nur auf dem Papier stehen, weil sie nicht in die Praxis umgesetzt werden können. Damit sei weder den Organisationen noch den einzelnen Kollegen gebietet.

Nach einem kurzen Schlußwort des Referenten, in dem er auf Grund der Ausprüche die Berechtigung und Notwendigkeit einer teilweisen Abänderung seiner Entschließung anerkannte, wurde zu diesem Zwecke eine kleinere Kommission eingesetzt, der die Kollegen Seif, Theunissen, Kothenstein und Nemecek angehörten. Das Ergebnis dieser Kommissionsberatung wurde am nächsten Tage durch den Referenten dem Kongreß unterbreitet und führte zur einstimmigen Annahme folgender Entschließung:

Der X. Internationale Buchdruckerkongreß, abgehalten am 8. August 1927 und die folgenden Tage in Paris, beschloß sich eingehend mit der allgemeinen Wirtschaftslage und ihren Auswirkungen auf die Verhältnisse der Buchdrucker. Der Kongreß konstatiert auf Grund der allgemein bekannten Tatsachen, daß das Bestreben des Unternehmertums dahin geht, die Wiederherstellung der Weltwirtschaft auf Kosten der Arbeiterklasse durchzuführen, indem die Löhne der Arbeiter herabgesetzt, die Arbeitszeit verlängert und die Vorteile der Rationalisierung der Arbeit nur dem Unternehmertum zufallen sollen. Gegen diese Bestrebungen wendet sich der X. Internationale Buchdruckerkongreß mit aller Entschiedenheit und fordert die Kollegenschaft auf zum Widerstand gegen derartige Bestrebungen. Den angeschlossenen Verbänden wird zur Pflicht gemacht, den Einfluß der Organisation bei den in Betracht kommenden Institutionen dahin geltend zu machen, daß die Washingtoner Konvention betreffend den Achtstundentag binnen kurzem einer Ratifizierung seitens der gesetzgebenden Körperschaften zugeführt werde, damit durch die prinzipielle Anerkennung des Achtstundentags für sämtliche Berufe die Grundlage geschaffen werde für eine eventuelle weitere Verfüzung der Arbeitszeit unter acht Stunden täglich, welche sich naturgemäß bald als eine zwingende Notwendigkeit zeigen wird, wenn die Zahl der Arbeitslosen nicht wesentlich zurückgeht. Der Internationale Kongreß fordert die Kollegenschaft auf, sich mit aller Entschiedenheit gegen das Überstundenwesen zu stellen, die Überstunden zu bekämpfen und statt Überstunden die Einstellung von Arbeitslosen zu fordern. Gleichzeitig werden die angeschlossenen Verbände aufgefordert, gemeinsam mit der übrigen Arbeiterklasse ihres Landes dahin zu wirken, daß sobald als möglich eine entsprechende staatliche Arbeitslosenversicherung ins Leben gerufen werde, durch welche die Opfer der privatkapitalistischen Produktion zu unterstützen wären.

Den angeschlossenen Verbänden wird es zur Pflicht gemacht, im eignen Wirkungskreise alles zu unternehmen, was geeignet ist, die Zahl der Arbeitslosen zu verringern. Der technischen Entwicklung und der Beschäftigungsfrage ist die größte Aufmerksamkeit zu widmen. Der Einschränkung von Nachtarbeit ist überall nachzutreten und die Verkürzung der Arbeitszeit für die nachts beschäftigten Kollegen zu fordern.

Ebenfalls einstimmig angenommen wurde folgende Entschließung bezüglich der Lage der italienischen Buchdrucker:

Der X. Internationale Buchdruckerkongreß stellt mit Bedauern fest, daß die italienischen Buchdrucker nicht vertreten sind. Er ist der Überzeugung, daß die Kollegen Italiens gerne an den Arbeiten des Kongresses teilgenommen hätten, wenn ihre Organisation nicht durch den Mangel der Regierung gestört worden wäre.

Der Entzug des Koalitionsrechts durch die Behörden bedeutet der italienischen Arbeiterklasse gegenüber eine Verletzung des Washingtoner Abkommens. Der Kongreß protestiert gegen die Mißachtung des erwähnten Abkommens. Er sendet den ihren Freiheits beraubten Brüdern die aufrichtigsten Grüße und gibt der Hoffnung Ausdruck, daß es ihnen bald vergönnt sein werde, in die Buchdruckerinternationale zurückzutreten.

Hierauf erstattet Krauß namens der Statutenberatungskommission Bericht. Am ersten Stelle erwähnt er verschiedene Statutenänderungen nach den Vorschlägen der Sekretariatskommission. Im Artikel 2, der von den Aufgaben des Internationalen Sekretariats handelt, soll es zukünftig unter c) heißen: Dieser Zweck (Wahrung der materiellen und ideellen Interessen der Buchdrucker aller Länder) soll erreicht werden: „durch Mitwirkung bei der Regelung und Vereinfachung der Tarifverhältnisse im Gebiet der dem Internationalen Sekretariat angeschlossenen Verbände.“ Artikel 9 (Beiträge und Extrabeiträge) soll lauten: „Die zum Unterhalt des Internationalen Sekretariats erforderlichen Mittel werden alljährlich durch regelmäßige Beiträge der angeschlossenen Verbände nach Maßgabe ihrer Mitgliederzahl (Vollzahler) und des höchsten Minimalwochenlohnes eines Handsehers im Werktag der Hauptstadt jeden Landes aufgebracht.“ In Artikel 13 (Organisation und Verwaltung des Sekretariats) soll neu eingefügt werden: „Die Wahl des Sekretärs ist von Kongreß zu Kongreß zu beständigen, desgleichen in Artikel 15 deselben Abschnitts: „Den Verbandsvertretern (der Erweiterten Sekretariatskommission) ist je weilen der aufgestellte Vorschlag zur Begutachtung zu unterbreiten.“ Artikel 30 erfährt eine dem Wortlaut des angenommenen Antrags Schaefer entsprechende Fassung. Bezüglich des Antrags auf Gründung einer internationalen Widerstandskasse kam es in der Kommission zu keinem direkten Beschluß; es bestand jedoch einmütige Auffassung darüber, daß die internationale Hilfeleistung in der bisherigen Form beibehalten werden möge. Die Kommission schlägt dem Kongreß folgende Entschließung zur Annahme vor:

Der Kongreß bringt zum Ausdruck, daß gegenüber den überall hervorbrechenden Bestrebungen des vereinigten Unternehmertums, die Arbeitsbedingungen zu verschlechtern, auch die internationale Solidarität der Arbeiterklasse noch zu stärken ist. Trotzdem der Kongreß die Schaffung einer besonderen Widerstandskasse nicht für notwendig erachtet, weil die bisherige Form der Hilfeleistung durch die Verbände ebenso wirksam gestaltet werden kann, so muß doch das Beschlußverfahren und die Durchführung der gefaßten Beschlüsse wesentlich vereinfacht werden, um eine möglichst schnelle Hilfeleistung zu gewährleisten.

Der Kongreß beschließt deshalb, daß künftig an Stelle der Verbandsvorstände die Erweiterte Sekretariatskommission über die Unterstützung zu beschließen hat. Alle Verbände sind im Falle einer Beschlußfassung auf Unterstützung eines Streiks oder einer Aussperrung verpflichtet, die auf sie entfallenden Summen sofort, und zwar direkt an den zu unterstützenden Verband, zu leisten. Dem Sekretariat ist gleichzeitig von der Verwendung Mittelung zu machen. Die Befreiung eines Verbandes von der Unterstützungspflicht kann nur bei Vorliegen außergewöhnlicher Umstände auf besonderen Antrag durch die Erweiterte Sekretariatskommission erfolgen.

Einem Antrage des Ungarischen Buchdruckerarbeiterverbandes auf Ausgestaltung der Jahresberichte des Internationalen Sekretariats durch wichtigere statistische Angaben über das Buchgewerbe wird vom Sekretariat entprochen werden. Der Antrag des Niederländischen Verbandes auf Herausgabe der „Mitteilungen“ des Internationalen Sekretariats auch in Esperanto fand keine Be-

fürwortung in der Kommission. Diese hat es nicht für zweckmäßig gehalten, Erhebungen über die Kostenfrage anzustellen, weil sie überzeugt war, daß die entstehenden Kosten der Nutzen nicht aufwiegen. Es sind früher bereits kleine Mitteilungen in Esperanto veranschaulicht herausgegeben worden. Eine weitere Anregung war der Wals, für Einstellungen im Sekretariat die Kenntnis des Esperanto zur Vorbedingung zu machen und zur Propaganda einzelne Zeile der „Mitteilungen“ in Esperanto erscheinen zu lassen, wurde ebenfalls abgelehnt, weil die Qualifikation eines Funktionärs nicht von der Kenntnis des Esperanto abhängig gemacht werden sollte. Bezüglich des jugoslawischen Antrags, der die Aufnahme des russischen polygraphischen Verbandes in die Buchdruckerinternationale bzw. die Übernahme einer Vermittlerrolle zwischen Amsterdam und Moskau bezweckt, schloß sich die Kommission dem Standpunkt an, den der Sekretär bei Erstattung des Geschäftsberichts vertrat, wonach in der gegenwärtigen Situation die Übernahme einer Vermittlerrolle zwecklos wäre. Kommen die Russen dem Beschlusse des Hamburger Kongresses nach, dann sollen sie uns willkommen sein. In Verfolg eines von Rumänien gestellten Antrags betreffs Aufhebung des Visums zur ungehinderten Reise ins Ausland gibt die Kommission dem Wunsch Ausdruck, das Sekretariat anzuweisen, in Verbindung mit dem Internationalen Gewerkschaftsbund auf eine Befestigung der Passivwierigkeiten hinzuwirken.

Nach einer kurzen Diskussion über den Kommissionsbericht und nachdem die Zurückziehung des belgischen Antrags auf Gründung einer internationalen Widerstandskasse zugunsten der von der Kommission gefaßten Entschließung erfolgt ist, wurden sämtliche Kommissionsvorschläge vom Kongreß einstimmig angenommen.

Schlumpff dankt im Anschluß hieran den Kommissionsmitgliedern für ihre erspriechliche Arbeit und konstatiert, daß hinfür keine Schwierigkeiten für den Abschluß von Gegenseitigkeitsverträgen mehr bestehen, nachdem vom französischen Verbände das Zugeständnis vorliegt, daß der von den reisenden Kollegen verlangte Beitrag vom Vatikan in Abzug gebracht werden soll.

Lichon dankt speziell den Berner Kollegen, die alles getan haben, die Einigkeit in unserer Internationale zu fördern, für welche Anerkennung Schlumpff dankend quittiert.

Beim Punkt 9: „Wahl desjenigen Verbandes, in dessen Gebiet das Internationale Sekretariat seinen Sitz aufzuschlagen hat“, ergibt sich eine große Mehrheit für den Schweizerischen Typographenbund. Schlumpff spricht für dieses Vertrauen seinen Dank aus.

Unter Punkt 10 erfolgt sodann die Wahl des internationalen Sekretärs; aus der Kollege Grundbacher mit Einstimmigkeit hervorgeht. Dieser dankt für das ihm erwiesene Vertrauen, das ihm ein Ansporn sein soll, noch mehr und noch Besseres zu leisten zur Festigung unserer Internationale, und verbindet damit seinen Dank für die bisherige Mitarbeit der Verbandsvorstände.

Die Zusammenfassung der Erweiterten Sekretariatskommission (Punkt 11) wird nicht verändert.

Bei Punkt 12: „Auf die verschiedenen“ nimmt Krauß Verantwortung, den Dank des Kongresses an die Übersetzer (in erster Linie an den Kollegen Leon Bannwart aus Zürich) sowie an das Bureau für die außerordentlich geschickte Leitung abzustatten.

Nemecek dankt dem französischen Verbände und dem Zentralkomitee für den den Kongreßteilnehmern in der „Stadt des Lichts“ bereiteten Brüderlichen Empfang und die gastfreundliche Aufnahme.

Das schuldbeladene Amerika

In den letzten zwölf Jahren hat Amerika zweimal ein Schauspiel aufgeführt, das die ganze Welt in Aufregung und Staunen setzte: Das eine Mal, als Wilson, der Präsident der U. S. A., einen gerechten Weltfrieden auf der Grundlage eines wahren, alle Staaten umfassenden Völkerbundes verlangte, und jetzt mit dem Sacco-Banzetti-Prozeß! Das erstmal trat Amerika in der Rolle des Welt-erlösers auf, der die gequälte Menschheit von den ewig sich wiederholenden Kriegen befreien und ihr eine neue Hoffnung, einen neuen Glauben geben sollte. Wie ganz anders ist die jetzige Rolle! Kalblütig werden zwei unschuldige Menschen, die sieben lange Jahre in brutaler Art gefoltert wurden, dem grauenamen elektrischen Stuhl überliefert. Das eine Mal wurde das Weltgewissen freudig gebekkt, das andere Mal rückstichlos vergewaltigt. Was aber ist aus dem Völkerbundamerika geworden? Kaum war Wilson nach dem Waffenstillstand als Friedensapostel in Europa erschienen, um das von ihm entwickelte Programm in die Praxis umzusetzen, da wurden Stimmen laut, die anzeigten, daß Wilson gar nicht im Namen Amerikas sprach! Als dann endlich der Friedensvertrag zusammengeleimt, war Wilson für Amerika ein toter Mann! Heute steht fest, daß gerade Amerika in jener dunklen Periode von 1919 elendig verlagte. Egoismus, Heißhunger und die Sucht nach Geld leiteten auch in Amerika in jenen „Friedensstagen“ von Paris. Schon damals flüchte es sich als großer Welt-diktator und trug so einen großen Teil der Schuld an den durch die Friedensverträge geschaffenen unfaßbaren Zuständen.

Und nun dieser Sacco-Banzetti-Standal, der am besten mit dem französischen Dreyfus-Standal verglichen werden kann. Wie anders aber gingen damals die Wege in Frank-

reich hoch! Es waren nicht die Proteste des Auslandes, das damals ebenso aufgewühlt war wie heute, die den Dreyfus-Standal zu einem glücklichen Ende führten, sondern die Wucht der öffentlichen Meinung in Frankreich selbst, die sich in Amerika als machtvoll erwiesen hat. Unsere deutschen Kommunisten überschlugen sich in Rorwürfen gegen die Gewerkschaften, weil nicht zum Generallstreik aufgerufen wurde. Urmühsige Tröpfe! Der Sturm der Entrüstung, der durch die Länder ging, war wirklich stark genug. Was aber bei diesem Standal sahite, das war eine starke, einflußgebende amerikanische Arbeiterbewegung. In keinem Lande Europas wäre etwas Ähnliches möglich gewesen. Dieser erhabene, auf Europa mit Geringschätzung herab-lickende Amerikanismus steht vor den Augen der Welt gerichtet da. Und in der Tat, welch abscheulicher Sumpf hat sich da aufgetan? Man betrachte sich doch diesen Abschaum einer Justiz: die eiskalte Selbstsucht und das niedrige Raubbedürfnis eines Geldschluppbeis, der wahllos und wütend seine Gegner niederschlagen möchte und sich aus diesen Staatsbeamten, diesen Richtern, diesen Henkern-kechten eine Schutzgarde schafft. Erweckt es nicht den Anschein, als wenn selbst die Anfänge einer Zivilisation fehlten? Um das Verrechtete dieses „Gerechtigkeitsfinnes“ in seiner ganzen Niedrigkeit begreifen zu können, sei der Tatbestand noch einmal skizziert. Zur Verurteilung der inneren Triebfeder des verübten Justizverbrechens ist es erforderlich, sich in das amerikanische Mittelau von 1920 zurückzuversetzen, als Sacco und Banzetti dem Polizeimechanismus in die Hände fielen. Troßdem die dortige Arbeiterbewegung äußerst schwach ist und der Sozialismus kaum Fuß gefaßt hat, herrschte im „honeten Bürgerium“ unbeschreibliche Angst gegen alles, was nach Sozialismus oder Kommunismus roch. 1920, als die revolutionären Wogen in Europa hoch gingen und der Volkswutismus in

der Blüte stand, glaubte man, sich in Amerika gegen die drohende „rote Gefahr“ absperrern zu müssen. Diese „rote Gefahr“ führte zunächst zu einer schroffen Beschränkung der Einwanderung. Das Land wurde in eine Art Ausnahmezustand erklärt und gegen die „Roten“ eine große Razzia organisiert. Verhaftungen wurden in Massen unter den eingewanderten Italienern, Russen, Spaniern usw. vorgenommen und alle des Landes verwiesen. Während dieser Schredensherrschaft ereigneten sich zwei aufsehenerregende Fälle. Erstens, im Silben von Braintree, im Staate Massachusetts wurden auf offener Straße zwei Kassenboten, die 15 000 Dollar Rohingelber bei sich trugen, von zwei Männern erschossen und beraubt, ein Auto fuhr vor mit drei Insassen, die mit den Mördern zugleich entkamen. Die verwegene Tat war das Werk eines Augenblicks: Niemand hatte so recht bemerkt was vorgegangen, nur glaubte man fünf dunkle Ausländer bemerkt zu haben, die im Auto davonraffen. Zweitens, unter den verhafteten „Roten“ befand sich auch ein Gesinnungsgenosse von Sacco und Banzetti mit Namen Salsedo, der aus dem Fenster des hohen Polizeigebäudes stürzte und sofort tot war. Große Aufregung herrschte unter den Ausländern. War Salsedo aus dem Fenster geworfen worden, oder hatte er sich aus Angst vor den zu erwartenden Torturen aus dem Fenster gestürzt? Es entstand unter dem ausländischen Element eine Protestbewegung gegen das brutale Vorgehen der Polizei. Unter den Organisatoren befanden sich Sacco und Banzetti, die dadurch die Aufmerksamkeit der Polizei auf sich lenkten. Und warum auch nicht? Waren es auch keine Kommunisten, so waren es doch Anarchisten, und das genügt, um sie des Mordes anzuklagen. In ihrer Angst vor der Ausweisung haben die beiden in der Tat unwahre und widersprechende Aussagen gemacht, aber vor Gericht legten sie ein einwandfreies Alibi ab. Wie die „Beweise“ gegen die Unglücklichen

Für die Abhaltung des nächsten Kongresses werden so-
dann Einladungen nach Luzernburg, Jugoslawien, Holland
und Belgien übermittelt. Die spanische Delegation lädt die
einzelnen Verbände zur Besichtigung ihres demnächstigen
Kongresses in Barcelona ein.

Notensteiner schlägt vor, zum nächsten Kongress alle
jene Länder als Gäste einzuladen, die unser Internationa-
le noch nicht angehören. Dieser Vorschlag bleibt jedoch
nicht ohne Widerspruch, weshalb Schumpff empfiehlt,
die Entscheidung darüber der Erweiterten Sekretariats-
Kommission zu überlassen. Dem stimmt der Kongress zu.

In seinem dann folgenden Schlusswort betont
Schumpff, daß gute und fleißige Arbeit vom Kongress
verrichtet worden ist, auf die man mit Befriedigung zu-
rückblicken kann. Als Präsident dankte er allen Teilnehmern
für die bewiesene Ausdauer und Sachlichkeit bei der Lösung
schwieriger Probleme. Von Anfang an habe die Gewißheit
bei ihm bestanden, daß man sich nach kollegialer Aussprache
finden werde und finden müsse. Darin sei er nicht getäuscht
worden. Den Kollegen aller Länder entbiete er am Schluß
des Kongresses die Grüße seiner Internationale. (Leb-
hafter Beifall.)

Mit einem Festbankett am Sonnabend vor
Ehren der ausländischen Delegierten, veranstaltet vom
Zentralkomitee und der Sektion Paris des französischen
Bucharbeiterverbandes, fand die Kongresswoche ihren Ab-
schluß.

Korrespondenzen

Warmen. Am 16. Juli feierten wir im Strandbad zu
Gewelesberg unter sehr harter Beteiligung der Kollegen aus
den Bezirksorten unter Vorsitz von Johannis. Nach
Ankunft des Juges ging es geschlossen unter Vorantritt
einer Musikkapelle zum landschaftlich schön gelegenen, rings-
um mit Lampionen geschmückten Festplatz, wo sich bald ein
fröhliches Treiben entwickelte. Doch der Wettergott machte
uns einen Strich durch die Rechnung, indem er sein gräm-
liches Gesicht aufzog und uns zwang, die Feste, die haupt-
sächlich in den prächtigen Gartenanlagen des Bades ge-
plant war, in den Saal zu verlegen, der sich als zu klein
erwies, wodurch das Programm eine Änderung erfuhr.
Den musikalischen und gesanglichen Teil bestritten die
Stadtkapelle Gewelesberg, das Orchester des Arbeiterturn-
vereins „Vorwärts“ (Gewelesberg) sowie der Gesangverein
„Typographia“ (Warmen). Besondere Begrüßungsworte
richtete der Bezirksvorsitzende Kollege Bellin an die
Festteilnehmer. Beifall löste der schönwollig vor-
getragene Volog aus. Den Höhepunkt des Abends bildeten
die Feste des Gausvorsitzers Kollege Bertram und die
Ehrung der Verbandsjubilare. Die Stabiltäten und der
Turnerinnen des Arbeiterturnvereins „Vorwärts“ (Geweles-
berg) bei bengalischer Beleuchtung waren wirkungsvoll.
In dunter Reihe wechselten Musik, Gesangs- und humo-
ristische Vorträge sowie Rezitationen. Den Schluß des offi-
ziellen Teils bildete ein imposantes Feuerwerk. Große Buch-
druckergerührtheit herrschte vor, und als der Mitter-
nachtszug fuhr, da waren es nur wenige, die sich dazu
bereit fanden. Das Gros blieb in fiedler Stimmung, dem
Tanze huldigend, bis zum ersten Frühzug.

Düsseldorf. (Stenotypen.) Die Versam-
lung am 23. Juli zeigte einen verhältnismäßig schlechten
Besuch. Der Kassener Bericht wurde für richtig befunden und
dem Kassierer Entlastung erteilt. Eine heftige Diskussion
zeitigte ein Gefühlsbad in einem hiesigen Betrieb be-
schäftigten Stenotypisten, der um Aufnahme
in den Verband der Deutschen Buchdrucker ersuchte. Alle
Redner verlangten die Ablehnung des Gesuchs. Ein An-
trag, beim Ortsverein des Verbandes, beim Gausvorstand
der Sparte der Stenotypen und bei der Zentralkom-

mission gegen die Aufnahme zu protestieren, wurde an-
genommen. Weiter soll vom Sachausschuß verlangt werden,
eine eventuelle Prüfung des Hilfsarbeiters abzulehnen.
Es darf hier kein Exempel statuiert werden, welches un-
bedingt Schule machen und für die gelernten Kol-
legen unübersehbare Folgen haben würde. Es soll endlich
aufgehört werden, irgenwelche Ungerichte in den Ver-
band der Deutschen Buchdrucker aufzunehmen. — Ver-
schiedene Restanten sollen nochmals schriftlich um Zahlung
ihrer Beiträge ersucht werden. — Die Neuwahl des ersten
Vorstehenden wurde vorläufig bis zur nächsten Versam-
lung vertagt. Da Kollege Baumann seit einiger Zeit kon-
ditionslos ist und auswärts Stellung annehmen wollte,
hatte er sich entschlossen, den Vorstandsposten niederzulegen.
Zur Freude der Mitgliedschaft ließ er sich aber bewegen,
ihn vorläufig beizubehalten, da Aussicht besteht, daß er
wieder am Ort unterkommen kann. Technisches und Ber-
schiedenes wurde, da die Zeit zu weit vorgegriffen war,
nicht behandelt.

Hamburg. (Maschinenseher.) In unserer Mit-
gliederversammlung am 21. Juli wurde das Andenken des
so jäh uns Leben genommenen Kollegen Hugo Kniep
durch Erheben von den Plätzen geehrt. — Vorigender
Hahlo teilte dann mit, daß zur Zeit ein Einzelpe-
und ein Typographen arbeitslos seien. Ausgenommen wur-
den drei, wiederaufgenommen ebenfalls drei Kollegen. Auf
Antrag des Vorstandes wurde ein Kollege einstimmig
wegen Keiten ausgeschlossen. Hierauf teilte ein Kollege
mit, daß eine hiesige Wertbrüder den Kollegen zweis-
„Kalkulation“ einen Kontrollzettel mit mehr als einem
Duzend Kubriten, die täglich ausgefüllt werden sollen,
unterbreitet habe. Trotzdem noch eine Kubrit — wieweil
Minuten jeder Kollege zum Ausrufen gebraucht habe —
vermisst werde, müsse man einen derartigen Kontrollzettel
eines Maschinensehers unwillig respektive tarifwärdig be-
zeichnen, daher sei sich auch die Mitgliedschaft darin einig,
einen solchen Wsch niemals auszufüllen und wenn es bis
zu uns äußersten geht. In der sehr regen Aussprache hierüber
wurde u. a. herorgehoben: Eine Kontrolle zur „Kalku-
lation“ sei purer Schwindel, sondern nur Antreiber;
außerdem sei sie ein Mißtrauen sowohl gegen den Faktor
wie gegen die Maschinenseher. — Der Kassener Bericht vom
zweiten Quartal wurde einstimmig genehmigt. Hierauf
hielt Kollege Kneulher (Verfahrensvertreter der Sek-
tion X der Buchdrucker-Berufsgenossenschaft) einen etwa
einstündigen Vortrag über: „Anfallentfädigung oder An-
fallverhütung“. Redner schilderte den Aufbau der Anfall-
versicherung und das Verfahren der Rentengewährung.
Er verwies auf die außerordentlich hohe Zahl der Anfälle
im Jahre 1926 (1 Million). Im Jahre 1925 verunglückte
in Deutschland etwa alle 50 Minuten ein Arbeiter oder
Arbeiterin tödlich, alle 15 Minuten war ein einschlägig
berufspflichtiger Unfall und alle 15 Sekunden ein Unfall
zu verzeichnen. Nach Schilderung verschiedener in der
Sektion X vorgelommener Anfälle sprach der Vortragende
die bringende Mahnung aus, von jedem, auch dem kleinsten
Anfall, dem Anfallvertrauensmann oder einem andern
Mitarbeiter Mitteilung zu machen, da nur Anfälle, die
tödlich verlaufen oder eine dreitägige Erwerbsunfähigkeit
zur Folge haben, von den Geschäftsleitungen gemeldet
werden brauchen. In jedem Betriebe müssen sich die Ver-
bandskassen in Ordnung befinden, und außerdem sollte auch
mindestens eine Branddecke vorhanden sein, unsere Jugend
sei zu Sanitätskursen anzuhalten. Auch sei es an der Zeit,
daß die seit 30 Jahren bestehenden Bundesvorschriften
endlich eine Veränderung erfahren. Ein Teil der Keiten
sei lieber durch die starren Bestimmungen des Gesetzes
niedrig, daß man von einer Rentengewährung für einen
Anfall oft nicht sprechen könne. Die Bedürftigkeitsfrage
dürfe aber nicht gestellt werden. Auf die Berufstrantheiten
gehend betonte Redner, daß ein Teil der Ärzte ruhig
ein Jahr lang die Berufstrantheiten studieren sollten. Eine
betriebliche Lösung der Frage der Berufstrantheiten sei
lediglich von der Gemeinnützigkeit und Lichtigkeit der
Ärzte abhängig. Zum Schluß forderte er die Versammelten
auf, in den Betrieben dafür zu sorgen, daß die Anfallver-

hütungsvorschriften beachtet werden, um ein unfallfreies
Arbeiten im Buchdruckgewerbe zu erreichen. Besonders
müssen die Jugendlichen immer wieder auf die Gefahren
der Bestäubung ihrer Körper hingewiesen werden.
Keine Unfalltote ersetzt beschädigte Gliedmaßen bzw. die
Gesundheit. — Bei der Wahl der Technischen Kommission
blieben die jetzigen Mitglieder bis auf den Kollegen
Weiß in ihrem Amt, für letzteren wurde Kollege Sch
(Typograph) einstimmig gewählt. Am Schluß wies der
Vorsteher noch auf unsere Wanderversammlung in Lübeck
hin.

Stuttgart. Die Invaldisierung unseres Kollegen
W. Kayser, der seit 1. Oktober 1908 angestellt war
und seit 1. Juli 1915 das Amt des Gausassessors bekleidete,
sowie einige andre Punkte machten am 17. Juli eine Be-
zirkskonferenz notwendig. Neben dem
Gausvorstand waren sämtliche Bezirke vertreten. Einleitend
sprach Kollege Reiter in dem Kollegen Kayser den Dank des
Gaus aus, wünschend, daß seine Gesundheit sich recht bald
festigen möge, um noch recht lange im Kreise der Kollegen
und seiner Familie einen ruhigen Lebensabend zu ver-
bringen. Dem Wunsch schloß sich die Konferenz einstimmig
an. Die Frage der Nachfolge wurde nach eingehender Aus-
sprache dahingehend erledigt, daß der Kollege Kutz,
welcher schon längere Zeit das Amt provisorisch ausübte,
vorläufig bis zum Gausamt betraut wurde. Die
Lücke auf der Geschäftsstelle soll durch eine jüngere Kraft
mit rednerischer und organisatorischer Befähigung be-
setzt werden. Ein dahingehender Beschluß erfolgte einstimmig.
Das Ausschreiben ist bereits erfolgt. Kollege Kayser
dankte im Anschluß an die Erledigung dieses Punktes in
bewegten Worten für die Anerkennung, die seiner Arbeit
geworden. So zahl und viel zu bald hätten ihn gesund-
heitliche Verbältnisse genötigt, seinen Posten aufzugeben.
Kollege Kutz dankte für das Vertrauen, des er nach
jeder Seite zersprengt werde. Ein weiterer Gegenstand
war die Lehrlingsordnung, der alle vier württem-
bergischen Handwerkskammern längst zugestimmt haben.
Das württembergische Arbeitsministerium hat weiter
bereits am 10. Juli 1926 auf Antrag der vier Kammern
und auf Grund des § 130 der Gewerbeordnung unter Lehrlings-
höchstzahl gemäß § 103 Absatz 4 der Gewerbe-
ordnung als Gesetz erklärt. Durch gemeinsamen Beschluß
der vier Kammern für Württemberg, die gesamte Lehrlings-
ordnung für das Deutsche Buchdruckgewerbe anzu-
nehmen und die nach § 103 der Gewerbeordnung vor-
gesehene Zustimmung der Landeszentralbehörde zu be-
antragen, steht immer noch aus. Bei verschiedenen Aus-
sperchen ist auffallenberweise nie ein durchschlagender
Grund für die Verzögerung genannt worden, obwohl es
beide Vertragsparteien interessieren würde, die Gründe
der Verzögerung kennen zu lernen. Wenn auch die Lehrlings-
höchstzahl in Württemberg anerkannt ist, so haben wir
doch alle Ursache, über die Beschließung von Einsparungen
bei Verlesung der Lehrlingshöchstzahl durch die Stutt-
garter Kammer uns zu beklagen. Der Vorstand wurde be-
auftragt, in einer entsprechenden Eingabe nochmals an
alle vier Kammern heranzutreten und endlich eine Ent-
scheidung über die gesamte Lehrlingsordnung zu ver-
langen. Eine Anregung, den Lehrlingsbeitrag ab 1. Ok-
tober allgemein auf 20 Pf. festzusetzen, um den jungen
Leuten Gelegenheit zu Wanderrufen und Beschäftigungen
von Herfelletquellen für unsern Beruf zu geben, fand all-
seitige Billigung. Wir geben uns Mühe, unsern Nachwuchs
zu vollwertigen Berufsausgehörigen heranzuziehen, wobei
die Lehrlingsleiter eine Kleinarbeit leisten, und die
zuständigen Handwerkskammernbezirke fallen uns durch
Laufzeit und „Schlafheit“ in die Arme. Dies zu ändern,
mag schwer halten. Wir liegen uns jedoch in Erreichung ge-
steckter Ziele noch nie hindern. So auch diesmal. Der
Werbe- und Erziehungsarbeit wurde noch ein besonderes
Kapitel gewidmet; sie soll in nächster Zeit nachdrückliche
Förderung erfahren. Über die Bezirkstagungen hinaus soll
eine Anzahl Orte besucht und das ideale Gut der Organi-
sation im Gau vertieft werden. Nachdem noch verschiedene
kleinere Punkte erledigt waren, konnte die Konferenz
gegen 3 Uhr geschlossen werden.

zustande gebracht wurden, dafür sei folgender Vorfall
während des Prozesses angeführt: Das Gutachten eines
Sachverständigen schien recht belastend für Sacco. Der
Richter deutete es so: Die im Körper bei einem der Ge-
töteten gefundene Kugel gehöre zu dem bei Sacco vor-
gefundenen Revolver (Sacco hatte aber bei seiner Ver-
nehmung angegeben, er sei nicht im Besitz von Waffen).
Gegen die definitive Deutung des Richters hat sich später
der Sachverständige gewehrt und unter Eid ausgelegt, es
sei unmöglich, zu behaupten, die Kugel entstamme dem Re-
volver Saccos. Was aber sferste das die amerikanische
Gerechtigkeit? Ferner, der mit Sacco und Banzetti hin-
gerichtete Bandido Madeiros, der eines andern Mordes
wegen verurteilt war, sagte im Gefängnis aus, er sehe in
Verbindung mit der Ermordung der Rassenboten, Sacco
und Banzetti wären unschuldig. Aber es half alles nichts,
die amerikanische Justiz ging ihren Weg und mordete fak-
tisch zwei unschuldige Menschen. Diese einzig dastehende
Justiz hat tatsächlich in der langen und qualvollen Sacco-
Banzetti-Verurteilung den Grundlag aufgestellt: Es ist besser,
zwei unschuldige Menschen zu mordeten, als die Autorität des
Gesetzes untergraben zu lassen. Senator Vorah wird nun
sagen können, „die Würde“ und die „Eitteneinficht“ des
Gesetzes seien gewahrt worden. Es ist ein widersprüchliches
„Rechtsgefühl“, das sich hier offenbart. B. W. (Köln).

Nützliche Gespräche über Unfallverhütung

B.: Hast du denn das Preisausschreiben der Berufs-
genossenschaft gelesen?
A.: Natürlich, ich bin dabei, mich daran zu beteiligen.
B.: Du, das ist aber ein recht eigenartiges Thema: Wie
verhalte ich mich bei meiner Berufstätigkeit, um mich vor

Anfällen zu bewahren? Ich habe in meinem Leben noch
nie darüber nachgedacht.

A.: Du sollst ja eben veranlaßt werden, einmal gründlich
darüber nachzudenken, wie du arbeitest, damit du nicht verunglückst.

B.: Darüber aber etwas Wertvolles zu schreiben, ist gar
nicht so einfach.

A.: Sage das nicht, ich hatte zuerst auch die Ansicht und
getraute mich gar nicht an das Thema heran. Da habe ich
mir aber angewöhnt, bei jeder Handlung darüber nach-
zudenken: „Machst du das richtig oder kannst du es noch
besser einrichten, um nicht zu verunglücken?“ Das ging
schon früh an, als ich meine Wohnungstür schloß, also auch
beim Gehen auf der Straße und beim Fahren auf der
Eisenbahn.

B.: Das wird aber die Berufsgenossenschaft wohl nicht
interessieren!

A.: Doch, zumal sie die Anfälle von und zur Arbeitsstätte
als Betriebsunfälle zu behandeln hat.

B.: Na, hast du denn wirklich bei deinem Nachdenken
so viel Neues entdeckt?

A.: Jawohl, mache es einmal nach. Beobachte dich darauf-
hin, ob du deine Arbeiten, alle deine Verrichtungen nicht
noch sicherer gegen Anfälle vornehmen kannst, und du wirst
wenn du streng mit dir zu Gericht gehst, wider Erwarten
finden, daß allerlei noch zu verbessern ist. Wenn du direkt
danach suchst, so wirst du schon bei dem Meierlein, was du
den Tag über tuft und treibst, genügend finden, um einen
kleinen Bericht an die Berufsgenossenschaft aufzusetzen und
damit schließlich einen Preis zu erwerben.

B.: Sag mal, kannst du dir denken, was die Berufs-
genossenschaft eigentlich dazu veranlaßt hat, für diesen
Zweck soviel Geld auszuwerfen?

A.: Das ist doch klar! Viele unter uns werden veranlaßt,
eifrig, angestrengt darüber nachzudenken, wie sie ihre Arbeit
unfallfreier einrichten, und wenn sie einmal gründlich dar-
über nachgedacht haben, und wenn sie Verschiedenes als
richtig und zweckmäßig erkannt haben, so werden sie auch
danach handeln und nicht verunglücken.

B.: Das ist richtig, das spart die Berufsgenossenschaft
wieder an Entschädigungen für Anfälle, was sie für das
Preisausschreiben ausgibt.

A.: Jawohl, die Deutsche Buchdrucker-Berufsgenossen-
schaft steht nämlich auf dem allein richtigen Standpunkt:
Dieber Unfälle verhindern, als Anfälle vergüten!

B.: Ja, aber, weißt du, ich habe doch Bedenken, mich an
dem Preisausschreiben zu beteiligen. Mir fällt's verflucht
schwer, so einen kleinen Wuffsch zusammenzubauen, das war
schon immer meine schwache Seite, und darin geht's auch
ohne einige Schnitzer nicht ab.

A.: Hast du denn nicht gelesen, stilistische und grammati-
kalisches Ausführen ist nicht ausschlaggebend? Also deine
Bedenken sind umsonst! — Übrigens habe ich kürzlich die
Anna, die Ingenieurin von Maschine h, während der Früh-
stückerpause beobachtet, wie sie an dem Preisausschreiben
für die Berufsgenossenschaft arbeitete, und meinem
Befehle habe ich es auch anempfohlen. Was die können,
kannst du doch wohl allemal! Außerdem will ich dir nur
noch eins mitteilen, mir ist gesagt worden, daß die Be-
wertungen gar nicht so zahlreich einkommen — wahrsein-
lich haben unsere Kollegen die gleichen Bedenken wie du —
und daß daher bei den vielen Preisen — es sind doch an-
nähernd 600 — die Ausschichten recht günstig sein werden.
Also angefangen!

B.: Wird gemacht! Bc.

